

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 19893. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4596

Insertionspreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restamo-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweitzgeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Pause oder Abbruch in Spa?

Vertagung der Verhandlungen in Spa.

Spa, 13. Juli. Am Dienstag, vormittags 11 Uhr, tagte die gemischte Kommission, die am Montagmorgen von der Konferenz eingeleitet worden war, um sich die Vorschläge der deutschen Regierung in der Webergutmachungsfrage erklären zu lassen. Der Präsident der Kommission stellte fest, daß es sich nur um ein Enquete, nicht um eine Beratung handle, und daß die deutsche Delegation um eine bestimmte Auskunft über die Höhe des finanziellen Angebotes, insbesondere der Jahreszahlungen, Finanzminister Dr. Wirth stellte eine solche Antwort für den späten Nachmittag in Aussicht.

Inzwischen hatten die deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Tonnenlieferungen an die Alliierten verhandelt und das Angebot in schriftlicher Form gemacht. Eine Einigung war nicht zustande gekommen. In dem am Nachmittag bei dem Herrn Reichskanzler abgehaltenen Ministerrat wurde infolge dessen beschlossen, die gewünschte Auskunft an die gemischte Kommission zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittags Sitzung des engeren Rates der Konferenz die Kohlenlieferungen, die jedem wirtschaftlichen Angebot zur Basis dienen müßten, festgestellt worden seien.

In der Sitzung des engeren Rates forderte der Präsident der Konferenz die deutsche Delegation sogleich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Kohlenfrage auf. Reichsminister Dr. Simons entwickelte die Gründe, aus denen es der deutschen Regierung unmöglich sei, eine Zusage in Kohlenlieferungen zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und insbesondere der Bergwerksarbeiter gefunden hat. Er machte auf den durch die Blockade geschwächten Gesundheitszustand der Bergarbeiter aufmerksam, der es ihnen ohnehin erschwere, Überflüssen zu leisten, und der eine weitere Steigerung der Produktion nur gestalte, wenn man die Ernährung verbessere und eine große Zahl angemessener Bergarbeiterwohnungen schaffe. Unter dieser Voraussetzung könne man zuzugewinnen, das tägliche Lieferquantum vom 1. Oktober 1920 ab um 12 000 Tonnen, also auf 56 000 Tonnen, vom 1. Oktober 1921 ab um weitere 12 000 Tonnen, auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Der Minister erklärte, daß eine weitere nicht unerhebliche Steigerung möglich sei, wenn in Oberschlesien für Ruhe gesorgt würde, so daß Überflüssen gestillt werden können. Dazu sei erforderlich, den Abkimmungsstermin so bald wie möglich anzulegen, weil bis dahin die Arbeit durch Agitationen aller Art erschwert wird. Noch besser würde es sein — aber damit gebe er nur eine Anregung, ohne einen Antrag zu stellen — wenn man die Abkimmungsüberhaupt aufgäbe und über die Kohlenlieferungen an Polen und an die anderen auf die ober-schlesische Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Alliierten eine Vereinbarung treffe. Diese Zustimmung sei notwendig, weil durch den Friedensvertrag für Frankreich, Italien und Belgien eine Art internationaler Hypothek auf das deutsche Kohlenvorkommen unter gewissen Bedingungen geschaffen sei. Nach seiner Überzeugung wird auf diese Weise Polen von der deutschen Bergwerksverwaltung mehr Kohlen erhalten können, als wenn es die Verwaltung selbst in die Hände bekäme. Die Zustimmung in Oberschlesien sei zwar zweifelhafter als die in Schleswig und Allenstein, sie werde aber durchaus nicht gesichert. Was wir fürchten, sei nicht die Zustimmung, sondern die mit ihr verbundenen Unruhen und Verfeindungen. Der Minister bat, diese Anregung zur Gewinnung einer neuen Verhandlungsgrundlage in Erwägung zu ziehen.

Präsident Delacroix erwiderte, daß diese Antwort die alliierten Regierungen mit größtem Bedauern erfüllte und eine sehr ernste Lage schaffe. Man habe gehofft, in Spa zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Der deutsche Außenminister habe das Vorrecht der Alliierten auf deutsche Kohlen anerkannt; das Recht sei sehr maßvoll geltend gemacht worden; aber die deutsche Delegation lasse es unberücksichtigt. Unter diesen Umständen müsse er die Sitzung aufheben und behalte sich vor, mit den Delegierten einen Beschluß über einen Termin festzusetzen.

Die Konferenz ist also plötzlich wieder in eine gefährliche Krise geraten. Die Vertagung der Verhandlungen auf unbestimmte Frist hat in den Kreisen der Delegierten, wie berichtet wird, große Erregung hervorgerufen. Kein Mensch weiß, was werden wird. Nach der einen Darstellung ist der völlige Abbruch der Verhandlungen zu befürchten, nach der andern ist ein guter Ausgang noch möglich. Der Vorwärts bringt die Tatsache, daß die Marschälle Foch und Wilson telegraphisch nach Spa zur Hilfe rufen wurden in Verbindung mit der Krise und glaubt, daß damit ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden soll. Wahrscheinlich werde die Frage des Einmarsches in das Ruhrgebiet mit den Marschällen besprochen werden. Indes verheißt man sich in der Entente nicht, daß diese Waffe eine sehr zweischneidige ist. Der Pariser Matin deutet an, daß man in Spa die Gefahr erwogen hat, die Bergarbeiter aller Länder könnten sich infolge der Besetzung zu einer gemeinsamen Bewegung vereinigen.

Es ist möglich, sich in dieser Stunde in Vermutungen zu ergoßen. Von den deutschen Unterhändlern haben wir zu fordern, daß sie alles tun und bis an die Grenze des Möglichen gehen, um

das große Unglück einer Besetzung des Ruhrreviers von Deutschland abzuwenden. Daß die Art, wie Minister Simons in der letzten Verhandlung operiert hat, diesem Ziele nicht gedient hat, darüber dürften alle jene einig sein, die von der Stinnes-Manier im Verkehr mit der Entente nichts halten. Daß die Aufwerfung der ober-schlesischen Frage, die „Anregung“, auf die Volksabstimmung in diesem Gebiete zu verzichten, eine Bedingung des Friedensvertrages preiszugeben, nur neues Mißtrauen und Unwissen bei den Staatsmännern der Entente hervorzurufen muß, und daß sie uns nicht den geringsten Nutzen bringt, darin dürften alle Überstimmten, die nicht vor den „Feinheiten“ der Diplomatenkunst in Ehrfurcht erstarben. Die deutsche Regierung läßt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie durch solche Methoden die Situation verschlimmert, die gefährliche Lage Deutschlands noch verschärft.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt übrigens heute mit, daß der preussischen Regierung von der Entente eröffnet worden ist, die Zustimmung in Oberschlesien solle Ende September oder spätestens Ende Oktober vorgenommen werden. Dementiert wird die von einer Korrespondenz gebrachte Nachricht, daß die Entente beabsichtige, Oberschlesien ohne Rücksicht auf das Abstimmungsresultat besetzt zu halten als Faustpfand für die uns in Spa ausgelegten Bedingungen.

Ein Gegenstück zu dem Auftreten Simons am Dienstag ist eine amtliche Meldung, wonach die Behauptung einer Nachrichtenagentur, daß der Reichskanzler oder Dr. Simons in einem Schreiben an den Generalsekretär der Konferenz sich wegen der Rede des Herrn Stinnes entschuldigt hätten, unrichtig ist. Dr. Simons habe nur in einem Gespräch mit dem Generalsekretär erklärt, daß diese Rede mit ihm nicht vereinbart sei und daß er deshalb für ihre Form keine formelle Verantwortung trage.

Lloyd George ist wegen einer Erklärung von den Verhandlungen zurückgetreten. Mit seiner Vertretung ist Lord Curzon beauftragt.

Kein Abbruch der Verhandlungen in Spa

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu dem amtlichen Bericht über die Lage in Spa wird noch bekannt, daß im allgemeinen wohl an einen Abbruch der Verhandlungen noch nicht gedacht werden kann. In den Kreisen der deutschen Delegation wird die schwierige Lage Frankreichs aufs weitestgehende gewürdigt. Man ist der Überzeugung, daß sobald als möglich den Wünschen Frankreichs entgegengekommen werden soll. Es ist anzunehmen, daß die Entente sich davon überzeugt hat, daß es sich bei dem bisher gegebenen deutschen Höchstangebot um die auch durch die Arbeitervertretung festgesetzte Höchstleistung handelt. Der englische Einfluß der Wählung gegenüber den Alliierten ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß England selbst an der Lieferung von Kohlen nicht beteiligt ist und deshalb leichtes Herzens auf die Durchführung dieser Bestimmung des Friedensvertrages verzichteten kann, nachdem es seine eigenen Forderungen überall durchgesetzt hat.

Spa, 13. Juli. In dem amtlichen Bericht des Verbandes über die gestrige Unterredung zwischen den Führern der beiderseitigen Delegationen heißt es: Bei den Mitteilungen über die Unterernährung der deutschen Bergleute erklärten die Alliierten in spontaner Weise, daß sie geneigt seien, der Frage einer Verbesserung der Ernährung der deutschen Bergleute näherzutreten, und boten die deutschen Delegierten, ihnen Vorschläge in dieser Hinsicht zu unterbreiten.

Ein Zwischenfall in Spa.

Spa, 13. Juli. Der der deutschen Delegation für die Konferenz in Spa zugewiesene Redakteur Stofflosa, Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau, ist gestern abend kurz vor Mitternacht auf dem Wege zu seinem Quartier, von einem belgischen Offizier und einem Zivilisten tödlich angegriffen worden. Der Genannte erhielt mehrere leichte Schläge auf den Rücken und einen schweren Schlag auf den Kopf. In Verbindung mit diesem Zwischenfall hat Reichsminister Dr. Simons heute vormittag an den Generalsekretär der Konferenz eine Note gerichtet, in der er die belgische Regierung bittet, ihrerseits den Sachverhalt festzustellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler mit Rücksicht auf die Beunruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland für baldige Erledigung dankbar sein würde. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort an den Minister des Äußeren in Brüssel berichtet und im voraus seine Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen, der womöglich noch im Laufe des heutigen Tages erledigt werden würde.

Amerikanische Warenlieferungen an Rußland.

Nach einer Reuters-Meldung aus Montreal teilen die Sanbdate, die mit der Sowjetregierung über Warenlieferungen für zehn Millionen Dollar abgeschlossen haben, mit, daß die Frage der Kreditbefriedigung geregelt worden sei, sobald die Sendungen unverzüglich beginnen können.

Die Konferenz von Spa und der Zusammenbruch des Imperialismus.

F. P. Die finanziellen Lasten der „Sieger“ sind aber nur erst der kleinere Teil des Finanz- und Wirtschaftsproblems, das der Weltkrieg aufgetürmt hat. Die Schulden des militärisch geschlagenen Mitteleuropas kommen hinzu, und nur wenn man die Gesamtwirkung des Krieges ins Auge faßt, wird einem die Unmöglichkeit klar, die Rote und Probleme auf kapitalistischer Grundlage zu lösen. Wir brauchen über die deutschen Finanzen nicht viel Worte zu verlieren. Die Schulden betragen minimal 200 Milliarden Mark, wozu laufend neue Milliarden hinzukommen. Im Budget ist ein gähnender Abgrund, ohne die Möglichkeit, ihn auszufüllen und zu glätten. Unter diesen Umständen kann Deutschland weder 100 noch 50 oder 30 Milliarden in Goldmark zahlen, sondern es wird ohne irgendwelche Belastung von außen bei Fortführung der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik weiterer innerer Zerlegung anheimfallen. Die Tatsache, daß Deutschland niemals in der Lage sein wird, die finanziellen Forderungen der Entente zu erfüllen, kann man ohne heuchlerische Entrüstung, hinter der sich nur die Gier nach dem Profit verbirgt, konstatieren. Der weiteren Zufügung der Gegenseite, muß es überlassen bleiben, diese Unmöglichkeit und ihre revolutionäre Auswirkung allen Beteiligten zum Bewußtsein zu bringen.

In diesem Zusammenhang muß weiter die Wechselwirkung zwischen Staatsschuld und Wirtschaft berücksichtigt werden, deren Folgen auf die Gesamtheit geradezu verheerend sind. Die Herrschaft der ausbeutenden kapitalistischen Minderheit über den Staat, die durch Kapitalisierung des Staats, dessen außerordentlich schneller Ausbau in ein privatkapitalistisches Monopol wurde während des Krieges durchgeführt und ist heute vollkommen. Schier zahllos sind die Privilegien, die der Staat auf Kosten der Allgemeinheit dem Kapital bewilligte, und lediglich durch diese materielle und moralische Unterstützung hat die privatkapitalistische Produktionsweise allen Erschütterungen widerstanden. Deutschlands Milliardenengläubiger sind in der Hauptsache dessen Großkapitalisten, das durch Krieg und Niederlage vom Weltmarkt ausgeschlossene Finanzkapital. In dem Maße, wie die Staatsschulden steigen, die Kapitalisten Milliardengewinne einstecken und sie dem Staat immer wieder als Anleihe vorstrecken, sich selbst damit den Staatseinfluß erweitern und stärkend, schwand die wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit, stellten sich Krisenerscheinungen ein, ja! die Wafuta, stieg die Papiergeldflut ins fast Ungemessene, wurde und wird die wirtschaftliche Verwirrung von Tag zu Tag größer. Alle Versuche, diese Finanz- und Wirtschaftskrisis, deren Ursachen tief in dem herrschenden Wirtschaftssystem begründet sind, durch Steuern einschränken und abstellen zu wollen, steigert die Verwirrung nur noch. Das Kapital weiß Steuern zahlen raffiniert zu umgehen. Aber die Lebenshaltung des Proletariats, durch den anhaltend krisenhaften Zustand der Wirtschaft ohnehin schon unter das Existenzminimum herabgedrückt, wird durch die Last der indirekten und direkten Steuern weiter in seinem Lebensmittelpunkt eingeeignet. Daß dies wiederum niederdrückend auf das Wirtschaftsleben wirken muß, einestheils durch die Beunruhigung des Proletariats, dessen offener Widerstand gegen diese unhaltbare Gesellschaftsordnung wachsen muß, andernteils durch die schwindende Leistungsfähigkeit des arbeitenden Volkes, das nicht mehr imstande ist, seine Arbeitskraft in befriedigender Weise zu reproduzieren, liegt klar auf der Hand. Bei alledem ist es ein ausichtsloses Beginnen, eine kapitalistische Utopie, das Finanz- und Wirtschaftsleben in diesem vorgeschrittenen Stadium durch Steuererhebung beseitigen zu wollen. Die Finanzminister sind zwar noch in der Lage, über die größten Schwierigkeiten des Tages hinwegzuhelfen, aber die Ursachen der Not bringen sie nicht aus der Welt, und sie werden also auch nicht den katastrophalen Verfall des Kapitalismus und Imperialismus aufhalten können.

Am innerenfalligsten treten die großen markanten Linien des Niedergangs der kapitalistischen Produktionsweise in die Erscheinung, wenn man sich deren Grundgesetz, die fortlaufende Reproduktion des Gesamtkapitals vor Augen führt. Neben der Profitmacherei, der höchstmöglichen Kapitalakkumulation dient die Reproduktion vor allem der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft; deren Erfüllung und Sicherstellung ist die fundamentale Voraussetzung für jede weitere Entwicklungsmöglichkeit des Kapitalismus. Das ist der Kardinalpunkt, der traffe Widerspruch, an dem der Kapitalismus nach dem Aberwitz eines